

Kurzinformationen

Zur Lage der Kirche äußerte sich Papst Paul VI. in seinem traditionellen Jahresrückblick anlässlich der Weihnachtsaudienz für das Kardinalskollegium (vgl. *Osservatore Romano*, 20./21. 12. 76). Im Unterschied zu früheren Ansprachen bei dieser Gelegenheit sprach der Papst nur kurz zu „weltlichen“ Fragen, wobei er diesen Abschnitt seiner Rede bezeichnenderweise mit einem Wort des Gedenkens für die unterdrückten und verfolgten Christen in aller Welt begann, um zugleich seinen festen Willen zu bekräftigen, mit allen Mitteln, die seinem Amt gegeben sind, auf den Schutz der fundamentalen Rechte jedes Volkes und jeder einzelnen Person hinzuwirken. *Weltpolitische Probleme* streifte der Papst nur wenige: den *Libanonkonflikt*, dessen vorläufiges Ende er begrüßte und zu dessen endgültiger friedlicher Beilegung er aufrief; den *Nahostkonflikt*, für den er gegenwärtig gute Lösungsmöglichkeiten sah (wobei auch wieder eine „adäquate Lösung“ in der Frage der Heiligen Stätten von Christen, Juden und Moslems als wichtiger Bestandteil einer Friedensregelung genannt wurde); schließlich beschwor der Papst die Verantwortlichen, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit in *Rhodesien* ein friedliches Zusammenleben zwischen allen Teilen der Bevölkerung des Landes ermöglicht wird. Ein kurzer Hinweis würdigte die Revision des Konkordats mit Italien. Die Passagen der Ansprache zur innerkirchlichen Situation spielten deutlich auf die Auseinandersetzung um Alterzbischof *Lefebvre* an, wenn auch sein Name unerwähnt blieb. Paul VI. nannte es ein Zeichen der Vitalität der Kirche, wenn sie „eifersüchtig“ das Erbe des Glaubens wahre und das Sittengesetz verkünde, ohne sich – etwa im Einsatz für das Recht auf Leben, die Unauflöslichkeit der Ehe oder die „gesunden und befreienden Normen des Sexuallebens“ – durch die „Feindseligkeit, Demütigung und Ironie dieser Welt“ beirren zu lassen. Andererseits betonte der Papst, es bestehe kein Widerspruch zwischen der Unveränderlichkeit des Glaubensgutes und seiner lebendigen Entwicklung. Als legitime Entfaltung der Tradition wurde in diesem Zusammenhang das *Zweite Vatikanum* genannt, das deshalb nicht mit Berufung auf die Tradition abgelehnt werden könne. Paul VI. griff als einen Punkt der traditionalistischen Kritik das vom Konzil proklamierte Recht auf *Religionsfreiheit* heraus. Es bezeichne ein „Recht gegenüber dem Staat“ und darüber hinaus eine „schwere moralische Verpflichtung“. In keiner Weise habe das Konzil dieses Recht relativistisch mit der Gleichwertigkeit aller Religionen und Doktrinen begründet; vielmehr habe es dieses Recht grundgelegt gesehen in der „Würde der menschlichen Person, die nicht durch äußeren Druck daran gehindert werden darf, ihrem Gewissen gemäß die wahre Religion zu suchen und ihr anzuhängen“. Es verdient Beachtung, daß der Papst exemplarisch gerade an diesem Punkt die Kritik Lefebvres und seiner Anhänger zurückgewiesen hat. Bekanntlich hat ja Paul VI. immer wieder den Einsatz für die Menschenrechte – und unter ihnen besonders die Religionsfreiheit – als das vorrangige Ziel aller päpstlichen Bemühungen auf dem Felde der Politik bezeichnet (vgl. HK, Februar 1976, 106). – Im Zeichen des christlichen Humanismus stand die *Weihnachtsbotschaft* (*Osservatore Romano*, 27./28. 12. 76). Der Papst rief zur Ehrerbietung vor dem Menschenleben in allen seinen Formen, in allen Altersstufen, in aller Größe und aller Hinfälligkeit auf. Weihnachten als Geburtsstunde des christlichen Humanismus sei „das Fest der Menschheit, gerade weil der Mensch Jesus Christus in unsere Mitte gekommen ist“. Der Papst warnte vor der Illusion, einen

Humanismus nur auf wissenschaftlichem Fortschritt und sozialer Entwicklung aufbauen zu wollen. Die Erfahrung habe gelehrt, daß die „innere Unfähigkeit des Menschen, aus eigener Kraft vollkommen zu sein“, und seine unstillbare Sehnsucht nach unendlicher Ergänzung in Gott nicht außer acht gelassen werden dürften.

In einer Unterschriftenaktion haben 36000 Franzosen den Papst aufgefordert, die in den verschiedensten Ländern immer häufigere Anwendung der Folter „öffentlich und feierlich“ zu verurteilen. In dem Aufruf, der in Form eines Briefes an den Papst erfolgte, heißt es u. a.: Die Unterzeichner erheben einen Schrei nicht als sie selber, sondern als Stimme „jener ungezählten menschlichen Wesen, die in verschiedenen Teilen der Welt gefoltert werden: Menschen aller Rassen, aller Sprachen, aller Länder, Männer und Frauen, Alte und Kinder“. Den Papst fordern die Unterzeichner, die alle der ökumenischen Vereinigung ACAT zur Abschaffung der Folter angehören, auf, „Ihre Autorität als geistliches Haupt, das diplomatische Beziehungen mit fast allen Ländern der Welt... unterhält, und in konkreter Weise Ihre Verantwortung als Hirte wahrzunehmen, indem Sie öffentlich die immer ausgedehntere wilde Praxis der Folter und Mißhandlungen öffentlich anklagen“. Wenn die Mitchristen hinter dem Eisernen Vorhang zu Recht die tätige Solidarität und konkrete Interventionen der Christen im Westen erwarteten, so sei es auch Pflicht der Christen, kraftvoll und ohne nachzulassen, das „Gegenzeugnis“ der politischen Verantwortlichen in christlichen Ländern, in denen, wie z. B. in Lateinamerika, die Folter täglich praktiziert wird, zu verurteilen. Zu den Unterzeichnern gehören neben einer Reihe von bekannten protestantischen Persönlichkeiten und verschiedenen Schriftstellern und Intellektuellen auch mehrere katholische Bischöfe und Ordensobere, u. a. die Erzbischöfe bzw. Bischöfe von Reims, Orléans, Autun, Ajaccio. In einem Kommentar stellte *Le Monde* (19./20. 1. 77) fest, die Unterzeichner predigten „einem Bekehrten“: Paul VI. habe unaufhörlich zugunsten der Opfer der Folter bei sog. katholischen Regimen interveniert, und man könne sich fragen, wieweit Folter und Unterdrückung in manchen Ländern Lateinamerikas gegangen wären, wäre nicht die Kirche standhaft und diskret dagegen eingeschritten. Die Aktion von Christen zur Abschaffung der Folter (ACAT), die ihren Sitz in Paris hat, versteht sich ausdrücklich als spezifisch christliche Bewegung gegen Folter und Unterdrückung neben den Aktionen anderer Bewegungen wie Amnesty international usw.

Maßnahmen zur Überwindung von Berufsnot und Arbeitslosigkeit Jugendlicher fordern das Kommissariat der deutschen Bischöfe und der Deutsche Gewerkschaftsbund in einer gemeinsamen Stellungnahme. Das Papier wurde Mitte Dezember in Bonn veröffentlicht: zur gleichen Zeit, als das Zentralkomitee der deutschen Katholiken seine unter dem Vorsitz des BA-Präsidenten *Josef Stingl* erarbeitete Erklärung zur Bildungspolitik und Beschäftigungsprobleme herausgegeben hatte (vgl. HK, Januar 1977, 26–30). Die gemeinsame Stellungnahme von DGB und Bischofskommissariat, die insbesondere innerhalb des Zentralkomitees nicht uneingeschränkte Zustimmung fand, formuliert in einigen Punkten härter und, wie zu erwarten, gewerkschafts-

nah. Die Jugendarbeitslosigkeit wird darin als „eine große Herausforderung für die gesamte Gesellschaft“ bezeichnet; wenn Jugendliche beim Verlassen der Schule keine qualifizierten Ausbildungsplätze fänden oder für längere Zeit arbeitslos blieben, dann habe das nicht nur *negative persönliche Folgen für Jugendliche* (Existenzangst, Gefahr von Alkoholismus und Drogenabhängigkeit), sondern es werde auch deren „Verhältnis zu den Grundwerten unserer Gesellschaft und unserer Demokratie erheblich gestört“. DGB und Bischofskommissariat warnen vor Verharmlosung der Situation und vor statistischen Zweckinterpretationen. Sie beklagen „negative Auszustaltungsformen der Berufsnot und Arbeitslosigkeit Jugendlicher“ (Abbau von Berufschulrechten, Unterlaufen der Qualifikationsstruktur der Ausbildungsberufe durch Teilqualifikationen) und fordern eine Reihe konkreter Gegenmaßnahmen. Zu ihnen gehört die *qualitative Verbesserung der Grund-, Haupt- und Sonderschulen* durch Beschäftigung von mehr Lehrern und entsprechender Verkleinerung der Klassen, um eine bessere Befähigung Benachteiligter zu erreichen, sowie durch stärkeren „Arbeitsweltbezug“ der schulischen Ausbildung, die eine verbesserte Berufswahlvorbereitung gewährleisten soll. Weiter fordert das Papier ein zehntes Schuljahr (mit Schwerpunkt vorbereitende Berufswahlentscheidung), die *Verbesserung und zeitliche Vorverlegung der Berufsberatung*, die beschleunigte Einführung des schulischen Berufsgrundbildungsjahres, die bundesweite Vereinheitlichung von Rahmenplänen und Ausbildungsordnungen, den Ausbau und die zusätzliche Einrichtung von beruflichen Vollzeitschulen und eine Ergänzung des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes. – Um einerseits den Jugendlichen mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und andererseits den Nachwuchs an qualifizierten Facharbeitern für die Zeit nach 1985 zu sichern, sollten Groß- und Mittelbetriebe der Privatwirtschaft und der öffentlichen Dienste verpflichtet werden, *eine Quote von 5 Prozent der Beschäftigtenzahl für Auszubildende zur Verfügung zu stellen* (vgl. dazu die Stellungnahme von BA-Präsident Stingl, ds. Heft S. 69). Das Papier spricht sich für eine breit angelegte berufliche Erstausbildung aus, die eine Vielzahl von qualifizierten Arbeitsmöglichkeiten eröffnen soll. Im Zusammenhang damit wird besonderer Wert auf die verstärkte Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten gelegt, die kleinen Mittelbetrieben Hilfen bereitstellen sollen, die diese selbst nicht erbringen können. Für die Beschäftigung Jugendlicher, so schließt das Papier, seien entscheidend die Wiederherstellung und die Sicherung der Vollbeschäftigung. Es sei notwendig, „alle Anstrengungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unternehmen, die der Qualifikation der Jugendlichen entsprechen und eine unterwertige Beschäftigung verhindern“. Die gemeinsame Erklärung kam nach den von katholischer Seite bereits vorliegenden Dokumenten zum gleichen Thema eher überraschend (vgl. KNA-Informationsdienst, 6. 1. 77). Es ist jedenfalls ein Novum. Wollte man darin aber bereits einen neuen Stil der Zusammenarbeit zwischen Kirche und Gewerkschaften sehen, würde man das Papier wohl überschätzen.

Mit einem zweiten Brief an das Volk Gottes hat Frère Roger Schutz die zweite Etappe des Konzils der Jugend eröffnet. Der Brief, den der Prior von Taizé zusammen mit einer Gruppe von Jugendlichen aus allen Erdteilen während eines Aufenthaltes in Indien und Bangladesch geschrieben hat, wurde bei einem Gottesdienst in Notre-Dame in Paris am 5. Dezember zum ersten Mal verlesen. Einen Teil ihres Asienaufenthaltes hatten Schutz und seine Gruppe in den Slums von Kalkutta verbracht, wo sie zusammen mit Mutter Teresa und ihren Schwestern in den Sterbe-

häusern und Heimen für ausgesetzte Kinder arbeiteten. Unter dem Eindruck des Elends ist der „Brief an das Volk Gottes“ entstanden, in dessen Mittelpunkt die Forderung des Miteinanders steht. „Teile alles, was du hast, du wirst darin Freiheit finden.“ Der Brief ruft zur Absage an den Konsumzwang auf und wendet sich gegen alles, was dazu führt, „selbst andere auszubeuten oder ausgebeutet zu werden“. Es ergeht ein Appell „an die Familien, Kirchengemeinden, Gemeinschaften und an die Verantwortlichen der Kirchen“, „innerhalb von sieben Jahren schrittweise alles, was nicht unbedingt erforderlich ist, aufzugeben, angefangen bei Ausgaben aus Repräsentations- und Prestigebedürfnis“. Eine der Zielsetzungen des Konzils der Jugend werde künftig darin bestehen, „bei der Aufstellung solcher Pläne für einen Zeitraum von sieben Jahren mitzuarbeiten“. Einige Bereiche, in denen das Miteinanderteilen besonders dringlich ist, werden genannt: die Wohnräume müßten zu einem Ort werden, an dem andere willkommen sind; in der Arbeit müßten die Kräfte mehr für die Schaffung menschlicherer Arbeitsbedingungen als für den Konkurrenzkampf eingesetzt werden; die Reichtümer der Erde und der Menschheit müßten neu aufgeteilt werden; niemals dürfe man sich damit abfinden, daß jemand wegen seiner Rasse oder seiner politischen Überzeugung von der Menschheitsfamilie ausgeschlossen wird. Die Kirche als „Trägerin einer Hoffnung, die kein Ende kennt“, könne sich „am Heilungsprozeß der verwundeten Menschheitsfamilie“ beteiligen, „wenn sie sich von allem trennt, was sie nicht unbedingt braucht, wenn sie nur der Gemeinschaft und dem Teilen aller Menschen untereinander dienen möchte“. Dem Gottesdienst vor etwa 10 000 Jugendlichen und Erwachsenen wohnten zahlreiche hohe Kirchenvertreter bei, unter ihnen der Pariser Erzbischof, Kardinal *François Marty*, der Wiener Kardinal *Franz König*, der Präses der EKD-Synode, *von Heyl*, sowie Abgesandte der griechisch-orthodoxen und der anglikanischen Kirche. Im Zusammenhang der zweiten Etappe des Konzils der Jugend sind weitere Treffen mit Frère Roger für den 1. Februar in Zürich und für den 20. März in Madrid vorgesehen. Bei diesen Anlässen sollen zwei bis jetzt unveröffentlichte, ebenfalls in Kalkutta verfaßte Texte verlesen werden. Einer von ihnen wurde von Frère Roger Schutz zusammen mit Mutter Teresa ausgearbeitet.

Die afrikanische katholische Nachrichtenagentur DIA feierte am 17. Januar den 20. Jahrestag ihrer Gründung. Die in Kinshasa in Zaïre beheimatete Agentur „Documentation et Information Africaines“ war damals die erste afrikanische Nachrichtenagentur und ist heute noch die einzige katholische Einrichtung dieser Art in Afrika. Mit dem Ziel, die Öffentlichkeit auch außerhalb der Kirche mit den verschiedenen kirchlichen Vorgängen und Entwicklungen vertraut zu machen, von den Bischöfen aus den damaligen Gebieten Kongo-Ruanda und Burundi gegründet, hat sie sich mittlerweile weit über diesen engen Rahmen hinaus entwickelt. Nach wie vor ist der belgische Pater *Jos Ceuppens CICM* verantwortlich für das gesamte Unternehmen. Geringer finanzieller Rückhalt, schlechte technische Ausrüstung und verbreitete Skepsis und Zurückhaltung gegenüber dem ganzen Unternehmen in Europa standen am Anfang. Zunächst gab es einen Informationsdienst in französischer Sprache und ein Bulletin in niederländischer Sprache. *Chris de Schryver*, eine Journalistin der belgischen katholischen Nachrichtenagentur in Brüssel, die gemeinsam mit Pater Ceuppens den Aufbau begonnen hatte, ging später nach Brüssel zurück und gründete dort die erste Filiale von DIA. Mehrfach war die Arbeit bedroht oder eingeschränkt. Dies ergab sich in der Zeit der Unabhängigkeitsbestrebungen ebenso wie in den vergangenen Jahren, da das Verhältnis zwi-

schen Staat und Kirche in Zaïre äußerst gespannt war. DIA wurde jedoch nicht verboten. Hintergrundinformationen aus dem Lande selbst waren allerdings in dieser Zeit über die Agentur auch nicht zu erfahren. Günstig wirkte sich sicherlich aus, daß die Bischöfe schon früh den Status der Agentur geändert hatten. Von einer bischöflichen Einrichtung ging sie in ein selbständiges Unternehmen über. Damit hatten sich die Bischöfe gleichzeitig abgesichert, daß sie nicht für alle Informationen aus DIA verantwortlich gemacht werden konnten. 1965 entschloß man sich, auch einen englischsprachigen Dienst herauszubringen. Seither erfüllt DIA die doppelte Aufgabe, die weltlichen und kirchlichen Medien in Afrika mit Informationen über religiöse und kirchliche Fragen zu beliefern und gleichzeitig den katholischen Medien außerhalb Afrikas Material über afrikanische Vorgänge zu bieten. Bisher bestehen Filialen in Burundi, Ruanda und Brüssel, geplant sind weitere in Kamerun, Elfenbeinküste und Senegal. Da auch eine Ausweitung auf das englischsprachige Afrika vorgesehen ist, dürften sich in Zukunft Wert und Bedeutung dieses Dienstes noch erhöhen.

Ein **Afrikanischer Evangelikalen-Kongreß** fand im Dezember 1976 in Nairobi statt. Er trug den offiziellen Titel „Gesamtafrikanischer Kongreß christlicher Führungskräfte“ (PACLA). Der Kongreß dauerte vom 9. bis 20. Dezember. Etwa 700 Delegierte aus 46 afrikanischen Ländern einschließlich der Republik Südafrika nahmen daran teil. Zweck des Kongresses war die Besinnung der in den christlichen Evangelisationsbewegungen tätigen Führungskräfte auf die Evangelisationssituation in Afrika. Gemäß diesem Ziel hatte der Kongreß zwei Schwerpunkte: einmal das Bemühen, die Verkündigung des Evangeliums selbst als Aufruf zu persönlicher Bekehrung und persönlicher Vertiefung des Christseins in den Mittelpunkt zu stellen. Zum anderen, die Probleme, die sich aus der gegenwärtigen Entwicklung des Kontinents für die Evangelisation ergeben, zu prüfen und stärker bewußt zu machen. Bezeichnend für den Kongreß war, daß man sich keineswegs in eine individualistische Innerlichkeit flüchtete oder in fundamentalistischer Manier sich auf das bloße Bibelwort zurückzog, sondern durchaus die Glaubensfrage mit der *Frage nach der politischen Verantwortung der Christen* zu verbinden wußte. Entschieden wandte sich der Kongreß gegen jede Form rassistischer Diskriminierung, wobei es in Einzelheiten durchaus gegensätzliche Meinungen, vor allem auch bei den südafrikanischen Teilnehmern von Weißen und Schwarzen gab. Mit gleicher Entschiedenheit wandten sich die Teilnehmer aber gegen Anwendung von Gewalt. Alternativen für friedliche Lösungen zu entwickeln sei Aufgabe aller Christen Afrikas in verantwortlichen Positionen. Es gäbe, so formulierte der Vorsitzende des Exekutivkomitees von PACLA, Pfarrer *Gottfried Osei Mensah*, „stärkere Waffen als Gewalt“ (vgl. epd, 13. 12. 76). Kontroversen gab es zum Thema *Afrikanische bzw. Schwarze Theologie* zwischen den gemäßigten Vertretern einer entschiedenen Akkulturation in Form einer „Theologie im afrikanischen Kontext“ – vertreten u. a. durch den bekannten anglikanisch-afrikanischen Theologen und gegenwärtigen Leiter des Ökumenischen Instituts in Bossey, *John Mbiti* (vgl. HK, November 1975, 578) – und Verfechtern einer weltweit verstandenen „Theologie der Befreiung“.

Resolutionen zu Einzelthemen wurden nicht verfaßt. In einem knappen „Gelöbniß“ versprechen die Teilnehmer, „gemäß der Wahrheit Gottes, des Vaters, zu leben, des Erhalters des Universums und Schöpfers aller Menschen in Gleichheit an Würde und Wert“. Dementsprechend gelte ihr Widerstand „jeder Form der Diskriminierung, Unterdrückung oder Ausbeutung, die diese Würde und diesen Wert untergräbt“. Gleicher Widerstand

wird gefordert gegenüber den „fremden Geistern des Hasses, der Rache und der Gewalt, welche alle entmenschlichen, die von ihnen ergriffen sind“. In den theologischen Passagen des Gelöbnisses versprechen die Teilnehmer, „sich allen Erklärungen entgegenzusetzen, welche die Göttlichkeit Jesu Christi, seine Einzigartigkeit und erlösende Macht untergraben“ oder „welche die Liebe Gottes auf Golgotha und den friedfertigen Weg des Kreuzes verletzen“. In der gleichen Weise bekennen sie sich zur Heiligen Schrift als dem „autoritativen und inspirierten Wort“. Zugleich wird betont: Jesus nötige dazu, „unsere Botschaft in Beziehung zu setzen zu allen Erscheinungsformen menschlicher Nöte, seien sie geistlicher, körperlicher, geistiger, sozialer oder politischer Art“. Es gehe nicht an, persönliche oder soziale Dimensionen des Evangeliums auseinanderzureißen. „Wir widerstehen jedem Konzept, das den Bezug der Botschaft zur Gesellschaft leugnet oder das Evangelium ausschließlich auf die Gesellschaft bezieht auf Kosten der persönlichen und ewigen Bedürfnisse der menschlichen Seele“ (vgl. den Wortlaut in epd, 21. 12. 76). Der Evangelikalen-Kongreß von Nairobi war seiner Art nach ein *regionaler afrikanischer Fortsetzungskongreß des „Internationalen Kongresses für Weltevangelisation in Lausanne 1974“* (vgl. HK, September 1974, 451f). Die *Panafrikanische Kirchenkonferenz (AACC)* hatte sich bereits vor Beginn von dem Kongreß distanziert. Die Veranstalter konnten jedoch glaubhaft versichern, daß die Distanzierung in erster Linie ein Akt des Stabes der AACC unter der Leitung des politisch als radikal bekannten Generalsekretärs *Burgess Carr* war. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der AACC, Pfarrer *John Gatuu*, nahm neben anderen Persönlichkeiten seiner Organisation persönlich, wenn auch nicht im Namen der AACC an der Veranstaltung teil.

Die jüngste Entwicklung in Vietnam hat zu einer Spaltung der amerikanischen Friedensbewegung geführt. Ende Dezember wurde bekannt, daß neunzig ehemalige aktive Vietnam-Kriegsgegner einen Brief unterzeichnet und bereits am 17. November an die vietnamesische Regierung geschickt hatten, *in dem sie gegen die Inhaftierung und schlechte Behandlung von Vietnamesen protestierten*, die wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung verfolgt werden. Hauptinitiator des Schreibens war *James Forest* von der „Fellowship of Reconciliation“, einer interkonfessionellen Friedensgruppe. Zu den Unterzeichnern gehörten auch die Sängerin *Joan Baez*, der Gründer der American Civil Liberties Union, *Roger Baldwin*, drei katholische Bischöfe, die Gebrüder *Daniel* und *Philip Berrigan* und eine Reihe führender Mitglieder des Nationalrates der Kirchen der USA. Erst als der Adressat des Briefes, der vietnamesische ständige Beobachter bei den Vereinten Nationen, *Dinh Ba Thi*, das Schreiben kommentarlos zurückschickte, machte die Gruppe der Unterzeichner die Öffentlichkeit am 29. Dezember 1976 auf einer Pressekonferenz mit dem Inhalt vertraut. Unter Federführung von Roger Baldwin wurde die Petition am gleichen Tage erneut zusammen mit einer weiteren Erklärung an den vietnamesischen Beamten zurückgeschickt (NCNS, 20. 12. 76, 3./4. 1. 77). Die Pressekonferenz hatte zumindest den Effekt, daß der Leiter der vietnamesischen Beobachter-Delegation nun eine Erklärung veröffentlichte, in der er von „falschen Anschuldigungen“, von Irreführung und Fehlinterpretationen der Lage sprach. Auf die erhobenen Vorwürfe ging er nicht im einzelnen ein. Immerhin hatten die Unterzeichner des Briefes von „bedrückenden und systematischen Verstößen gegen die Menschenrechte“ geschrieben und Berichte zitiert, wonach in Südvietnam *200 bis 300000 Menschen in „Umerzie-*

„*hungs lagern*“ festgehalten werden und allgemein die religiöse Freiheit eingeschränkt ist. Der letzte Punkt wurde von dem Regierungsvertreter bestritten. Wegen der angeblich nicht ausreichenden Beweise und der mit einem solchen Brief verbundenen Einmischung in die Angelegenheiten eines souveränen Staates hatten andere Mitglieder der Friedensbewegung von Anfang an das Schreiben zu verhindern gesucht. Die Brüder Berrigan zogen später ihre Unterschrift zurück und verfaßten zusammen mit drei anderen einen weiteren Brief, den sie an die vietnamesische Regierung richteten. Darin sprachen sie von „unverantwortlichem

Verhalten“ der ersten Gruppe. Inzwischen hätten sie „neues Material“ erhalten, das ihnen „Vertrauen gibt, daß die neue Regierung zutiefst um die Achtung der Menschenrechte bemüht ist“. Einzelheiten über dieses „neue Material“ erfuhr die Öffentlichkeit jedoch nicht. Statt dessen mehrten sich die detaillierten Berichte über die gegenwärtige Situation in Vietnam (vgl. *Mondo e Missione*, Januar 1977), die das ganze Ausmaß der Einschränkungen verdeutlichen und zudem die Rolle des Erzbischofs von Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon) als entscheidend, aber keineswegs repräsentativ hinstellen.

Bücher

HELMUT PEUKERT, *Wissenschaftstheorie – Handlungstheorie – Fundamentale Theologie, Analysen zu Ansatz und Status theologischer Theoriebildung*. Verlag Patmos, 1976, Düsseldorf. 367 S. DM 28,80.

Helmut Peukert ist der erste katholische Theologe, der die Grundlagenproblematik der Theologie in fachlich kompetenter Auseinandersetzung mit der wissenschaftstheoretischen Diskussion der letzten fünfzig Jahre zu entfalten versucht. Kennzeichnend für Ansatz und Strategie seiner Untersuchungen ist seine Feststellung, die Problementwicklung in Theologie und Wissenschaftstheorie konvergiere von „gegensätzlichen Ausgangspunkten – Existentialität von Existenz auf der einen Seite, exakt konstruierte weltabbildende Einheitssprache auf der anderen Seite – auf das *Problem kommunikativer Praxis* hin“ (S. 210). Auch in der wissenschaftstheoretischen Diskussion stehen nicht mehr die Probleme um die Überprüfung wissenschaftlicher Behauptungen an der Realität (Verifikation/Falsifikation) isoliert im Vordergrund; eindringlicher noch wird die Möglichkeit einer systematischen Rekonstruktion all der Bedingungen verhandelt, unter denen der wissenschaftliche Diskurs sinnvoll gedacht und realisiert werden kann. Weil nun aber – nach Peukert – die Bedingungen des wissenschaftlichen Diskurses identisch sind mit denen des kommunikativen Handelns überhaupt, deshalb läßt sich die Legitimierung wissenschaftlicher Praxis nicht mehr von der Legitimierung allgemeiner Praxis trennen. Kommunikatives Handeln fundiert menschliche Identität und wissenschaftliche Rationalität gleichermaßen (auch in gleicher Weise?); Wissenschaftstheorie ist deshalb von einer Theorie kommunikativen Handelns her zu begründen.

Die Probleme einer Theorie kommunikativen Handelns nimmt Peukert zum Ausgangspunkt seiner Untersuchungen zu Ansatz und Status theologischer Theoriebildung. Er versucht, „diese Theorie in radikaliserender Reflexion systematisch bis in ihre grundlagentheoretischen Grenzprobleme zu verfolgen“ (S. 210f.), um daran anschließend die Frage zu diskutieren, ob eine Theorie kommunikativen Handelns Dimensionen aufweisen (kann), „die auf neue Weise die Rückfrage nach der jüdisch-christlichen Tradition stellen“ (S. 229). Die *Grenzprobleme, die den Rückgriff auf die jüdisch-christliche Tradition motivieren*, werden akut, sobald man den „normativen Kern“ kommunikativen Handelns – seine egalitär-solidarische Grundstruktur – auf fundierende Bedingungen hin befragt. Diese „transzendente“ Rückfrage erfordert bereits eine umfassende Theorie des Sub-

jekts, der Gesellschaft und der Geschichte, sie radikalisiert sich schließlich zu der „Aporie anamnetischer Solidarität“: die im normativen Kern kommunikativer Praxis mitgesetzte *universale Solidarität* ist nur ernst genommen, wenn sie als Solidarität gerade auch mit den Generationen Unterdrückter und Geschlagener vor uns gedacht und vollzogen wird. Daraus resultiert die Frage: „Wie kann man ... die endgültige, nicht revidierbare Verlorenheit der Opfer des geschichtlichen Vorgangs, dem man sich selbst verdankt, überhaupt in der Erinnerung behalten und dabei glücklich sein, seine Identität finden?“ (S. 281). Peukert will zeigen, „daß es in der jüdisch-christlichen Tradition um die Wirklichkeit geht, die in den Grund- und Grenzerfahrungen kommunikativen Handelns erfahren wird, und um die Weise kommunikativen Handelns, die angesichts dieser Erfahrungen noch möglich ist“, und daß dementsprechend „eine fundamentale Theorie als Theorie dieses kommunikativen, anamnetisch-solidarisch auf den Tod zugehenden Handelns und der in ihm erfahrenen und erschlossenen Wirklichkeit entwickelt werden kann und muß“ (S. 288). Fundamentale Theologie könnte sich dabei auf die Exodus-Erfahrung, auf die Prophetenerfahrung des scheiternden Gerechten, auf das apokalyptische Konzept der Gerechtigkeit als Solidarität mit den Toten, auf Jesu Verkündigung und Darstellung des Reiches Gottes und auf seine Auferweckung beziehen. Sie hat theoretisch zu rekonstruieren, wie Gott sich in den Grund- und Grenzerfahrungen kommunikativen Handelns als die Wirklichkeit erschließt, die die Paradoxie der anamnetischen Solidarität bestehen läßt, indem sie den (leidenden) anderen „nicht einfach zu einem schon überholten Faktum der Vergangenheit werden läßt“ (S. 310).

Peukerts Versuch, in Anlehnung an *Apel* und *Habermas* die Theorie kommunikativen Handelns als das Grundproblem der Wissenschaftstheorie darzustellen und – über *Apel* und *Habermas* hinausgehend – die theologische Fragestellung von der inneren Aporetik solcher Theorie her zu entfalten, setzt sich manchen Einwänden – wissenschaftstheoretischen wie theologischen – aus. Das ändert jedoch nichts daran, daß sein Buch das Gespräch zwischen katholischer Theologie und Wissenschaftstheorie nicht nur in Gang gebracht, sondern zugleich auf eine solide Basis gestellt hat. Daß entscheidende Fragen offenbleiben, wird niemanden verwundern, der sich in den angesprochenen Problemen einigermaßen auskennt. Eine dieser Fragen sei noch kurz angesprochen: Kann man die wissenschaftstheoretische Problemstellung wirklich mit der Identitätsthematik in eins setzen? Verwi-